

**Sondervotum Bundestagsfraktion Die Linke, SV Prof. Dr. Ulrich Brand, SV PD Dr. Norbert Reuter****Sozial-ökologische Transformation als demokratischen, gerechten und emanzipatorischen Prozess gestalten****1. Einleitung**

Die Motive einer grundlegenden Kritik an Wirtschaftswachstum und Bruttoinlandsprodukt als geeigneten wirtschaftspolitischen Bezugsgrößen bzw. Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität sind vielfältig.<sup>1</sup> Die Diskussion um die Frage welches Wachstum und welchen Wohlstand wir wollen, hat sich im Anschluss an die globale Finanz- und Weltwirtschaftskrise, die 2007 als US-Immobilienkrise begann und mittlerweile als multiple Krise<sup>2</sup> beschrieben wird, immer deutlicher artikuliert. Ein Ausdruck der zunehmend wahrgenommenen Widersprüche zwischen gesamtwirtschaftlichem Wachstum und der Entwicklung von Wohlstand und Lebensqualität war die Einrichtung einer Enquete Kommission beim Deutschen Bundestag im Dezember 2010.

Weitgehend unbestritten ist, dass in den Aufbaujahren der Bundesrepublik Deutschland wirtschaftliches Wachstum für die Mehrheit der Bevölkerung noch eng mit einer Zunahme an Wohlstand und Lebensqualität verbunden war. Ab einem bestimmten Entwicklungsniveau, wie es inzwischen in Deutschland und anderen westlichen Industrieländern erreicht ist, treten aber zunehmend negative Begleiterscheinungen eines primär durch kapitalistische Marktkräfte generierten Wachstums in Erscheinung.

Offensichtlich laufen im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung zwei mit Blick auf den Wohlstand gegenläufige Entwicklungen ab: Zum einen steigen mit einer Zunahme der Wirtschaftsleistung die durchschnittlichen Möglichkeiten, mehr Waren und Dienstleistungen zu nutzen. Hiermit ist auf niedrigem Einkommens- und Produktivitätsniveau noch ein unmittelbarer Wohlstandsgewinn verbunden. Mit zunehmender Befriedigung grundlegender Bedürfnisse sinkt andererseits aber der Nutzen zusätzlicher Waren und Dienstleistungen und damit auch die Bedeutung weiteren Wachstums. Gleichzeitig nehmen negative Begleiterscheinungen des Wachstums zu: Der Raubbau an natürlichen Ressourcen (in vielen Ländern als Entwicklungsmodell des Extraktivismus dominant), Klimawandel, Erosion der Biodiversität, schlechte Arbeitsbedingungen, sowie stark zunehmende Verteilungsungleichgewichte bei Einkommen und Vermögen verbunden mit einer sich ausweitenden Armut breiter Bevölkerungsschichten. Im Ergebnis wird es notwendig, diesen Entwicklungspfad zu verlassen, wenn statt hohen Wachstumsraten und überhöhten Kapitalprofiten, in Zukunft Wohlstand und Lebensqualität für alle Menschen im Vordergrund stehen sollen.

---

<sup>1</sup> Einen Überblick über verschiedene Positionen der Wachstumskritik liefern Norbert Reuter, Von der Wohlstands- zur reinen Wachstumsenquete? Zur Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ in: „Gegenblende“ 15/2012 und Ulrich Brand, Wachstum und Herrschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 27/28. 5. Juli 2012, S. 6-12

<sup>2</sup> Der innere Zusammenhang der multiplen Krise liegt in der fossilistisch-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, die in den letzten dreißig Jahren unter neoliberalen und imperialen Vorzeichen umgebaut wurde. Damit wurden auch die politischen und gesellschaftlichen Institutionen verändert, um die neoliberal-imperiale Ordnung abzusichern. Der Staat des „Finanzmarktkapitalismus“ ist heute ein „nationaler Wettbewerbsstaat“ dessen Hauptorientierung die Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist. Die politischen Institutionen (z. B. EU und WTO) sind daher nicht dafür gewappnet, den dominanten Entwicklungen etwas entgegen zu stellen. Sie sichern letztere vielmehr ab. Zudem geht mit der Wettbewerbsorientierung eine Aushöhlung demokratischer Strukturen und Prozesse einher sowie eine Zunahme autoritärer Formen von Politik. Letzteres zeigt sich an der Aufwertung der Exekutiven und der Schwächung der Parlamente, aber auch in den Wahlerfolgen personenbezogener und tendenziell populistischer politischer Gruppierungen. Vgl. dazu: U. Brand, Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik, Berlin 2009, Demirović, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.), VielfachKrise: Im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg 2011 sowie die Einleitung zum Sondervotum der Opposition für die Projektgruppe 1. Gesamtbericht. Kommissionsdrucksache 17 (26) 123, S. 128ff

Wir haben in der Enquete Kommission darüber hinaus auch die weitergehende Frage nach dem Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und den sich darin ausdrückenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen gestellt - also inwiefern etwa hierarchische Klassenverhältnisse festgeschrieben werden, weil die Unternehmer und Kapitalbesitzer über die Art von Investitionen und damit Wachstum entscheiden, die Beschäftigten darauf aber in der Regel keinen Einfluss haben.<sup>3</sup> Kapitalistisch getriebenes Wirtschaftswachstum reproduziert gesellschaftliche Verhältnisse, in denen Lebenschancen und Handlungsspielräume, Vermögen und Einkommen höchst unterschiedlich verteilt sind. Es festigt gesellschaftlichen Ein- und Ausschluss entlang von Klassenstrukturen, Macht- und Eigentumsverhältnisse, die asymmetrischen Geschlechterverhältnisse und ethnisierte Ungleichheit, Ungleichheit zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten sowie eine polarisierte Weltwirtschaftsordnung. Deshalb müssen Fragen alternativer Entwicklungswege mit einer Kritik von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und mit einer Demokratisierung der Gesellschaft sowie einer Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen einhergehen. Hier liegt das Besondere einer linken Position im Feld „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.

Nachdem die Enquete-Kommission in den einzelnen Projektgruppen ihre Arbeit aufgenommen hatte, wurde schnell deutlich, dass insbesondere VertreterInnen der Koalitionsfraktionen und einige ihrer Sachverständigen den Versuch einer kritischen Zustandsbeschreibung blockierten, sofern sich daraus Notwendigkeiten für Regulierungen und für weitergehende gesellschaftliche Reformen abzeichneten<sup>4</sup>: Die Krise war nach Auffassung der Mehrheitsposition kein Anlass zur Revision der Wachstumsfixierung. Im Gegenteil: Entwicklung, Fortschritt und Wachstum wurden von Beginn an gleichgesetzt, Wachstumskritik als Entwicklungs- und Fortschrittsverweigerung und als Infragestellung der angeblich so gut funktionierenden deutschen Sozialen Marktwirtschaft gebrandmarkt.

Das durch technologische Innovationen hervorgerufene Wachstum führe demgegenüber zu kontinuierlichen Qualitätssteigerungen von Waren und Dienstleistungen und die Qualitätssteigerungen würden wiederum im Zuge von Preisbereinigungsverfahren in zusätzliche Wertschöpfung umgerechnet. Prinzipielle Wachstumsgrenzen wurden bestritten, Ressourcen- und Senkenprobleme seien durch technischen Fortschritt lösbar. Bei knappen Ressourcen würden entsprechende Preissignale ausgelöst, die technischen Fortschritt und ausreichende Effizienzsteigerungen nach sich zögen. Der Wirtschaft wird, wie der von der FDP benannte Sachverständige Karl-Heinz Paqué in großzügiger Ignoranz einer der schwersten Krisen des Kapitalismus formulierte, „bereits heute die Fähigkeit zugesprochen, sich neuen Verhältnissen durch Mobilisierung von Innovationskraft anzupassen.“<sup>5</sup> Bedingung dafür sei das möglichst freie Wirken von Marktkräften und von innovativen Unternehmern in einem weitgehend von staatlichen Eingriffen befreiten Umfeld. Alle Texte der Mehrheitsposition variieren daher die grundlegende Melodie des hohen Lieds auf die Soziale Marktwirtschaft, die sich „bewährt“ habe, so dass keineswegs ein „radikales Umsteuern im Sinne einer sofort einsetzenden ‚Großen Transformation‘“ nötig sei.<sup>6</sup>

---

<sup>3</sup> Ulrich Brand, Wachstum und Herrschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 27/28. 5. Juli 2012, S. 6-12

<sup>4</sup> So wurde auch die wachstumskritische Ausrichtung des Ursprungsentwurfs des Einsetzungsantrags entschärft. Im Ursprungsentwurf (Bundestagsdrucksache 17/3990) war entsprechend zu lesen: „Zu Unrecht gelten daher das BIP und sein Wachstum als wichtigster Indikator einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Weder die sich verschärfende Klimakrise noch die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden vom BIP erfasst, genauso wenig wie die wachsende soziale Spaltung in unserem Land oder der Hunger in der Welt.“ Im fraktionsübergreifenden Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen (Bundestagsdrucksache 17/3853) an dessen Erstellung Die Linke nicht beteiligt wurde, ist aus dieser umfassenden Kritik am BIP der folgende Satz geworden: „Unstreitig ist, dass das BIP soziale und ökologische Aspekte nicht hinreichend abbildet.“ Ein Auftrag „wie unsere europäischen Sozialstaatsmodelle auch ohne eine klassisch wachstumsorientierte Wirtschaft gestärkt werden können“ fehlt. Und auch das ursprüngliche Ziel ein neues Leitbild für die Art und Weise des zukünftigen Wirtschaftens zu entwickeln, „das die systemischen Fehlentwicklungen alter Maßstäbe überwindet und den verengten Wachstumsbegriff der letzten Jahrzehnte durch ein neues und breiteres Verständnis von individuellem Wohlergehen, gesellschaftlichem Fortschritt und nachhaltiger Entwicklung ablöst“ sucht man im Konsensentwurf vergeblich.

<sup>5</sup> Vgl. Karl-Heinz Paqué, Wert des Wachstums: Kompass für eine Kontroverse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 27/28. 5. Juli, S. 16

<sup>6</sup> Vgl. hierzu das von der Koalitionsmehrheit unterstützte Kapitel „Grundsätze nachhaltig gestalteter Ordnungspolitik“ der Projektgruppe 4.

In Auseinandersetzung mit dieser wachstumseuphorischen Position<sup>7</sup> hat Die LINKE - zusammen mit den übrigen Oppositionsparteien und ihren jeweiligen Sachverständigen - eine alternative, kritische Bestandsaufnahme des vorherrschenden Wachstumsmodells und seiner wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen vorlegen und darauf aufbauend das Konzept einer sozial-ökologischen Transformation<sup>8</sup> formulieren können.

Ausgangspunkte dafür sind die ungelösten Probleme der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die zunehmende soziale Desintegration und die ökologische - oder besser gesagt: die sozial-ökologische Krise. Im Oppositionsbericht stellen wir deshalb fest:

*„Entweder drohen soziale Ausgrenzungen, ökologische Krisen und erbitterte Verteilungskämpfe, weil sich die Politik den Zwängen entfesselter Märkte mit ihrer kurzfristigen Gewinnmaximierung untergeordnet hat. Die Entbettung der Ökonomie aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen war die Ursache der großen Krisen des letzten Jahrhunderts, heute geht es um die soziale und ökologische Einbettung in einer globalen Marktgesellschaft; oder es kommt zu einer nachhaltigen Entwicklung, die weit über Umwelt und Naturschutz hinausgeht. Sie verbindet die ökologische Modernisierung mit wirtschaftlichen Innovationen, sozialer Gerechtigkeit und kultureller Erneuerung. Nachhaltigkeit erfordert eine starke Demokratie und sie stärkt auch die soziale Demokratie.“<sup>9</sup>*

Davon ausgehend konnte ein Konsens in wichtigen Fragen einer nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialpolitik erzielt werden. In dieser Konstellation haben die Bundestagsfraktion Die Linke und ihre Sachverständigen gewerkschaftliche, globalisierungskritische und feministische Positionen eingebracht.

Schwerpunkt unserer Arbeit war vor diesem Hintergrund die Forderung nach einer Stärkung des Sozialstaates, einem Ausbau öffentlich notwendiger Dienstleistungen und der Hinweis auf die Notwendigkeit umfassender verteilungspolitischer Anstrengungen, was sowohl Einkommen wie Vermögen, aber auch Arbeitszeiten angeht.

Herausragende Kritikpunkte waren die Folgen der Arbeitsmarktreformen im Zuge der „Agenda 2010“, der Emissionshandel als ein angeblich wirkungsvolles marktwirtschaftliches Instrument Treibhausgasemissionen schnell und effizient zu senken und der problematische Extraktivismus, demzufolge Ressourcen rücksichtslos und unter rein ökonomischen Gesichtspunkten aus der Natur entnommen werden können. Außerdem haben wir mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass feministische Positionen nicht ausgeblendet werden dürfen, die einen breiteren Krisenbegriff und Wohlstandbegriff haben und nicht-marktförmige Dimensionen wie etwa die Sorgearbeit thematisieren<sup>10</sup>.

Im Folgenden wird im Überblick dargestellt, welche konkreten Positionen wir in der Enquete-Kommission vertreten und in den Projektgruppen formuliert haben. Sie sind in den einzelnen Projektgruppen in unterschiedlichem Ausmaß akzeptiert und gelegentlich auch von der Mehrheit der Kommission übernommen bzw. geteilt worden; dies trifft insbesondere auf die Abschlussberichte der Projektgruppen 3 („Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung“) und 5 („Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile“) zu, die in ihren Analysen zum Zusammenhang zum Ressourcenverbrauch, zu Veränderungen in der Arbeitswelt und zur Bedeutung des Konsums von einer Akzeptanz unterschiedlicher wissenschaftlicher Zugänge und politischer Schlussfolgerungen geprägt war („We agree, that we disagree“). Wir unterstützen entsprechend Handlungsempfehlungen der Kommission, die auf eine Korrektur der von uns kritisierten Fehlentwicklungen zielen.

---

<sup>7</sup> Vgl. zur Auseinandersetzung mit der wachstumseuphorischen Position bereits Reuter, Norbert: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, 2. vollst. überarb. und akt. Auflage. Marburg 2007.

<sup>8</sup> Sondervotum Sozial-ökologische Transformation. Projektgruppe 3. Kapitel D. 7.1.3 Gesamtbericht. Kommissionsdrucksache 17 (26) 123, S. 570ff

<sup>9</sup> Sondervotum zur Projektgruppe 1, Gesamtbericht. Kommissionsdrucksache 17 (26) 123, S. 133

<sup>10</sup> Sondervotum: Geschlechterpolitische und feministische Perspektiven auf Wohlstand und Lebensqualität

In vielen Fällen war jedoch wegen grundlegend verschiedener Auffassungen eine Formulierung gemeinsamer Texte nicht möglich. Daher flossen unsere Positionen weitgehend in gemeinsame Sondervoten der Opposition ein. Dies trifft insbesondere auf die Projektgruppen 1 („Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“) und 4 („Nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik“) sowie die Handlungsempfehlungen der Projektgruppe 3 zu. In einigen Fällen haben wir auch eigenständige Sondervoten formuliert, etwa im Hinblick auf ein geeignetes Indikatorenset (Projektgruppe 2 „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands-/ Fortschrittsindikators“), die Bedeutung eines gesetzlichen Mindestlohns, die grundlegende Kritik des Emissionshandels, die Schuldenbremse, die Rente mit 67 und den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt.

## **2. Schwerpunkte**

### **2.1. Deregulierte Finanzmärkte als Problemverursacher, nicht als Wachstumstreiber**

Eine forcierte und undifferenzierte „Wachstumspolitik“ durch eine Entfesselung der Marktkräfte mittels Deregulierung, Entstaatlichung und Liberalisierung galt lange Zeit auch auf den Arbeitsmärkten, bei der Bereitstellung von gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen oder der Versorgung mit alltäglichen Gütern wie Elektrizität oder Trinkwasser als das richtige Mittel, um über eine Rückkehr auf den Wachstumspfad wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme zu lösen und so Wohlstand und Lebensqualität zu steigern. Am deutlichsten konnte man die negativen Folgen einer bornierten Wachstumsfixierung, die von einer „Entfesselung der Marktkräfte“ Wohlstandsgewinne für alle erwartet, in den Jahren vor der großen Wirtschaftskrise auf den Finanzmärkten beobachten.

Seit den 1990er Jahren wurde verstärkt versucht zu belegen, dass ein deregulierter, flexibler und liberalisierter Finanzsektor starke Wachstumsimpulse für die wirtschaftliche Entwicklung liefere. Offene und deregulierte Kapitalmärkte wurden als der Königsweg zur Maximierung der Realkapitalbildung von Industrieunternehmen und damit zu höherem Wachstum propagiert.

Das Ergebnis der darauf folgenden Wellen der Deregulierung und Liberalisierung war aber das genaue Gegenteil: funktionsunfähige Finanzmärkte, die dauerhaft hohen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und im Bereich der Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln auch ökologischen Schaden befördern und verursachen.

Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise war die Koalition bereit, gemeinsam mit der Opposition eine umfassende Ursachenanalyse vorzunehmen und entsprechende Regulierungen zu fordern, die von höheren Eigenkapitalanforderungen, über eine Bankenabgabe bis zu stärkeren Eingriffsrechten gegen unangemessene Bonuszahlungen reichen. Ohne die vorangegangene Finanzmarktkrise wären solche Empfehlungen kaum zustande gekommen. Für uns war es darüber hinaus zentral in eigenen Sondervoten weitergehende Regulierungen wie eine allgemeinen Rezeptpflicht für Finanzprodukte, das Verbot von Kreditderivaten und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu fordern (vgl.: Projektgruppe 4 Kapitel E. 2.3).

### **2.2. Armut trotz Wachstum**

Im Mehrheitsbericht der Koalition (Projektgruppe 1: Kapitel B 3.6) wird zwar ein „moderater Trend hin zu einer Spaltung der Gesellschaft“ seit den 1960er Jahren konstatiert. Dieser wird aber im Wesentlichen auf die Abnahme der Haushaltsgrößen sowie den Rückgang der arbeitsintensiven Industrien und damit ein „Wegrationalisieren“ einfacher Arbeiten zurückgeführt. Die empirisch nicht zu leugnenden Spaltung der Gesellschaft wird dadurch zu relativieren versucht, dass es zukünftig zu einem „Ende des Spaltungstrends“ komme, da „die Marktkräfte nicht mehr so stark in Richtung Spreizung ziehen“ würden. Daher bedürfe es auch keiner verteilungspolitischen Eingriffe. Notwendig seien vor allem eine bildungspolitische Offensive und damit eine Anpassung der Qualifikationsprofile an die technische Entwicklung. Bessere Bildung und technische Innovationen werden nach diesem Verständnis zur zentralen Voraussetzung

für eine Rückkehr zu hohen Wachstumsraten, die dann auch ein „Ende des Spaltungstrends“ wahrscheinlich machen würden.

Im gemeinsamen Sondervotum der Opposition in der PG 1 wurde demgegenüber festgehalten, dass das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab für die Wohlstandsentwicklung ungeeignet ist, schon allein weil es nicht einmal die tatsächliche Leistung angemessen erfasst, geschweige denn eine Auskunft über die Einkommensverteilung gibt. Darüber hinaus wurde der wichtige empirische Zusammenhang betont, dass sich Armutsentwicklung und Einkommensungleichheiten trotz einer realen Zunahme des Bruttoinlandsproduktes verschärft haben. In diesem Zusammenhang wurde erneut die zunehmende Entkopplung von Wachstums- und Wohlstandsentwicklung deutlich. In der Projektgruppe 4 wurden deshalb konkrete verteilungspolitische Maßnahmen wie die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer vorgeschlagen (Sondervotum zu Kapitel E.3.5 und 3.6). Die wesentlichen Ursachen für die armutsverschärfende Entwicklung in unserer Gesellschaft sind aber auf dem Arbeitsmarkt zu suchen.

### **2.3 Prekäre Arbeit trotz Wachstum!**

Trotz aller Wachstumsfixiertheit wird im Mehrheitsbericht der Koalition (Projektgruppe 1: Kap B 3.5) zumindest die Fragestellung aufgegriffen, ob auch bei niedrigen Wachstumsraten ein hohes Beschäftigungsniveau aufrechterhalten werden könne, da sich empirisch jenseits von kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Wachstumsentwicklung und Beschäftigungsniveau feststellen lasse. Unbestritten bleiben jedoch in der Koalition die positiven Wirkungen der seit 2003 schrittweise durchgeführten Arbeitsmarktreformen (Hartz I-IV) für das Beschäftigungsniveau und die „Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen Wirtschaft.

Für uns stand dagegen die Tatsache im Vordergrund, dass gerade in Folge der Arbeitsmarktreformen ein Gros des jüngsten Anstiegs der Beschäftigung auf die Zunahme der Teilzeit zurückzuführen ist. Hinter der vermeintlich positiven Arbeitsmarktentwicklung verbirgt sich zudem eine massive Ausweitung des Niedriglohnssektors. Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen deutlich angestiegen ist, sind insgesamt die geleisteten Arbeitsstunden (das Arbeitsvolumen) weitgehend gleich geblieben. Mehr Beschäftigte teilen sich also ein weitgehend konstantes Arbeitsvolumen, das auch heute noch unter dem Wert des Jahres 1990 liegt. Diese Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt gingen mit einem deutlichen Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse einher, wovon vor allem Frauen betroffen sind. Als Reaktion darauf fordert die Opposition unter anderem eine koordinierte Strategie der Arbeitszeitverkürzung, eine staatlich flankierte Lohnpolitik mit einem gesetzlichen Mindestlohn und Equal-Pay-Regelungen und ein umfassendes Konzept der geschlechtergerechten Neuverteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit.

Angesichts von Entgrenzungen und Flexibilisierungen in der Arbeitswelt, dem Wandel der Beschäftigungsverhältnisse und daraus resultierenden zunehmenden psychischen Belastungen war es notwendig, über die Zukunft der Arbeit neu nachzudenken. Hier wurden in der Projektgruppe 5 drei verschiedene Perspektiven verfolgt (vgl. Kapitel F 3).

Die neoliberale Position setzt wie gehabt weiter auf Flexibilisierung, Deregulierung und ein „Produktivitätsplus durch Humankapitalerhöhung.“ Erwerbsarbeit soll ausgedehnt und die Arbeitszeit erhöht werden. Wir lehnen diese herabwürdigende Sicht auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab und wollen den Menschen eine gute Arbeit und ein gutes Leben ermöglichen. Als Linke können wir uns in den beiden anderen der im PG5-Bericht festgehaltenen idealtypischen Optionen zur Zukunft der Arbeit verorten:

Die zweite Perspektive beinhaltet gewerkschaftliche Positionen und zielt auf eine qualitative Aufwertung von Erwerbsarbeit. Den Beschäftigten sollen bessere Arbeitsbedingungen ermöglicht werden. Arbeitszeit sollte verkürzt und nicht ausgeweitet werden und wie die Einkommen geschlechtergerecht verteilt werden. Die Linke hat dazu Sondervoten zum Thema Mindestlohn und Mitarbeiterkapitalbeteiligung vorgelegt.

Die dritte Perspektive, welche die zweite ergänzt, geht darüber hinaus und wird insbesondere in der kritischen und feministischen Arbeitsforschung diskutiert. Erwerbsarbeit wird dabei als zentraler gesellschaft-

licher Integrationsmechanismus in unsere Gesellschaft weiter anerkannt. Es werden jedoch auch die Tätigkeiten jenseits des Arbeitsmarktes in den Blick genommen. Diese Perspektive wurde sehr stark von der Linken in die Enquete eingebracht und im Bericht der PG5 verankert: „Damit die ‚Zukunft der Arbeit‘ zu zukunftsfähigem Arbeiten führt, ist ein neues Arbeitsverständnis nötig, das die vielfältigen Arbeitsformen jenseits des Marktes (z.B. Sorge-Arbeit, bürgerschaftliches Engagement, Eigenarbeit) mit der Erwerbsarbeit integriert und dieses Ganze der Arbeit hierarchiefrei und naturverträglich gestaltet. Dieses neue Arbeitsverständnis ist die Basis für eine gesellschaftliche Umverteilung und Umwertung von Arbeit, die Alle einschließen und geschlechtsspezifische Zuweisungen und Abwertungen überwinden.“<sup>11</sup> Hintergrund dieses erweiterten Arbeitsverständnisses ist dabei die Vorstellung, dass in die klassischen Wohlfahrtsindikatoren nur die marktförmige, bezahlte und als „produktiv“ geltende Arbeit einfließt. Der Bereich der unbezahlten Arbeit bleibt unsichtbar. Hierin spiegelt sich eine historische Trennungsstruktur zwischen Produktion und Reproduktion, zwischen öffentlich und privat sowie bezahlter und unbezahlter Arbeit wider. Dabei wird die Care-Arbeit ähnlich wie die Natur als quasi unendlich dehnbare Ressource vorausgesetzt, sodass von einer Externalisierung als Prinzip gesprochen werden kann.<sup>12</sup>

Ausgangspunkt dieser Betrachtung des Ganzen der Ökonomie sind die vielfältigen Tätigkeiten, welche die Gesellschaft und ihre natürlichen Lebensgrundlagen reproduzieren – dazu gehört auch die Erwerbsarbeit, aber eben nicht nur diese. Dabei wird der Versuch unternommen, soziale und ökologische Nachhaltigkeit sowie emanzipatorische Ansätze miteinander zu verbinden. Das geht mit erheblichen Herausforderungen für die Umgestaltung der Systeme der sozialen Sicherung einher sowie mit weitreichenden gesetzlichen Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen. Der Politik kommen daher erhebliche Gestaltungsaufgaben zu.

Vor diesem Hintergrund kommt auch dem Zeitwohlstand eine zunehmende Bedeutung zu. Deshalb sind verstärkt individuelle Wahlmöglichkeiten zwischen Einkommenssteigerung und Zeitwohlstand durch Formen der Arbeitszeitreduzierung zu schaffen. Dazu gehört die Sicherstellung von Personalausgleich oder dem Wegfall von Aufgaben bei Arbeitszeitverkürzung, um wachsenden Arbeitsdruck zu verhindern. Allgemeines Ziel wäre eine „verkürzte Vollzeit für alle“. Auch könnte mit der Möglichkeit, Arbeitszeitverkürzung befristet individuell zu testen („Schnupper-AZV“) dem Gewohnheits- und Treitmühlenproblem entgegengewirkt werden. Damit diese Entwicklungen nicht zu weiterer Prekarisierung führen, bedarf es starker sozialpolitischer Gestaltung.

#### **2.4. Abnehmende Wachstumsraten und die Folgen**

Für uns war es im Verlauf der Enquete-Beratungen wichtig, dem von konservativer Seite propagierten „Verzichtsmythos“<sup>13</sup> entgegenzutreten. Sofern die Prognose auch in Zukunft niedriger bzw. weiter sinkender Wachstumsraten geteilt wird, wird gerade von konservativer Seite auf die Notwendigkeit sozialstaatlicher Demontage geschlossen. Der von der CDU/CSU benannte Sachverständige Meinhard Miegel hatte dies wie folgt umschrieben: „Auch künftig wird der Staat sozial sein, sozial sein müssen, wenn er von Dauer sein will. Gerade deshalb wird er aber nicht umhinkommen, den breiten Strom materieller Leistungen spürbar einzudämmen.“<sup>14</sup>

Es ist jedoch ein Fehlschluss, aus dem Rückgang von Wachstumsraten auf den Sachzwang zu sozialen Kürzungen zu schließen. Zum einen ist Deutschland trotz seit Jahrzehnten sinkender Wachstumsraten eines der reichsten Länder der Welt, so dass hier per se keine grundsätzlichen Finanzierungsprobleme, sondern in erster Linie Verteilungsprobleme von Einkommen und Vermögen im Vordergrund stehen: hohe und stark gestiegene Gewinn- und Vermögenseinkommen stehen stagnierende Arbeitnehmerentgelte

---

<sup>11</sup> Biesecker, Adelheid (2012). Wie wird aus der „Zukunft der Arbeit“ zukunftsfähiges Arbeiten. Anhörung der der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, Kommissionsmaterialie M-17(26)24

<sup>12</sup> vgl. Biesecker, Adelheid; Christa Wichterich und Uta v. Winterfeld (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Hintergrundpapier. Kommissionsmaterialie 17 (26) 23

<sup>13</sup> Vgl. ausführlich Norbert Reuter: Deutsche Verzichtsmythen, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 4, 2012, S. 311-314.

<sup>14</sup> Miegel, M.: Exit: Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010, S. 202f.

und wachsende Armut gegenüber; hohe und stark steigende private Geldvermögen einer hohen Staatsverschuldung. Auch lässt sich mit Projektionen auf der Grundlage realistischer Annahmen abschätzen, dass selbst bei weiterhin hoher Arbeitslosenquote und niedrigen zukünftigen Wachstumsraten trotz Alterung unserer Gesellschaft keineswegs mit sinkenden, sondern mit deutlich steigenden Pro-Kopf-Einkommen zu rechnen ist (vgl. Sondervotum Opposition zur Projektgruppe 1).

Insofern bestätigt sich erneut, dass umfassendes Sparen, Kürzen und sozialstaatliches Schrumpfen keineswegs alternativlos ist. Auch wenn die jährlichen Zuwächse zweifellos zukünftig kleiner werden, vergrößern sich die Verteilungsspielräume – wenn auch langsamer - weiter. Insofern hat Deutschland kein grundsätzliches (finanzielles) Knappheits-, sondern in erster Linie ein Verteilungsproblem. Deshalb müssen sich alle politischen Maßnahmen jetzt und in der Zukunft daran messen lassen, inwieweit sie der sich verschärfenden Verteilungsproblematik entgegenwirken. Dies gilt, wie erwähnt, für die Verteilung des vorhandenen und im Trend sinkenden Arbeitsvolumens, aber auch für die Ausgestaltung des Steuerrechts wie für die Frage der Finanzierung der Sozialversicherungen. Steuergerechtigkeit ist im zunehmend autoritären Neoliberalismus nach wie vor weitgehend tabu. Dies hat der Sachverständigenrat (SVR) in seinem 2011er Gutachten bekräftigt, als er jegliche Erhöhung von Steuern und Abgaben mit dem pauschalen Hinweis kategorisch zurückgewiesen hatte, da „(...) dies ungünstige Anreizwirkungen auf dem Arbeitsmarkt und für die Investitionstätigkeit hätte“<sup>15</sup>. Diese Position beschreibt auch die Mehrheitsmeinung in der Enquete.

Wir konnten demgegenüber im Oppositionsvotum die alternative Sichtweise verankern, dass der Staat vor allem ein Einnahmeproblem hat und durch Ausgabenkürzungen bereits in der Vergangenheit die Zukunftsvorsorge massiv vernachlässigt hat. Demzufolge liegt der Fokus bereits im Sondervotum der Projektgruppe 1 auf der Darstellung und Beschreibung der staatlichen Kürzungspolitik und seiner negativen Auswirkungen und sozialen Folgeprobleme. Dies wurde dann im Sondervotum der Projektgruppe 4 zur „Nachhaltigen Finanzpolitik“ durch eine Analyse von steuerlichen Reformmaßnahmen zur Verbesserung der Einnahmesituation aufgegriffen und konkretisiert.

Auch wenn dort nicht detailliert unsere steuerlichen Reformvorschläge ausgeführt werden konnten, ist es dennoch gelungen, die wesentlich von uns vertretenen Reformnotwendigkeiten anzusprechen. Hierzu gehören

- die Anhebung des Spitzensteuersatzes;
- eine Erhöhung der Abgeltungssteuer mit dem perspektivischen Ziel, Kapitalerträge wieder in die individuelle Einkommensteuer einzugliedern;
- die Einführung einer Finanztransaktionsteuer;
- die Erhebung einer dauerhaften Vermögensteuer und einer zeitlich befristeten Vermögensabgabe („Millionärsabgabe“);
- die Stärkung des Erbschaft- und Schenkungsteueraufkommens;
- die Erhöhung der Unternehmensbesteuerung;
- die Bekämpfung von Steuerbetrug;
- die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer unter Einbeziehung der Freiberufler zu einer Gemeindegewerbesteuer.

## **2.5 Herausforderungen zur Sicherung des Sozialstaates**

Vor dem Hintergrund zukünftig niedriger Wachstumsraten wird immer wieder auf Probleme bei der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme verwiesen. Hier hat sich bereits über Jahrzehnte die Finanzierungsbasis der Gesundheits- wie der Altersvorsorge verändert. Im Ergebnis sind die sozialversichert Beschäftigten wie die Steuerzahler über die Anhebung u.a. von Verbrauchssteuern und Abgaben verstärkt belastet worden. Durch vorhandene Beitragsbemessungsgrenzen werden demgegenüber hohe Einkommen relativ entlastet. Darüber hinaus können sich Bezieher hoher Einkommen und ganze Berufsgruppen durch

---

<sup>15</sup> SVR: Herausforderungen des demografischen Wandels, Wiesbaden 2011, S. 11.

den Wechsel in private Versicherungen der Pflichtversicherung und damit auch der solidarischen Lastenverteilung entziehen.

Die Folge der Finanzierungsengpässe waren Leistungssenkungen bei der Kranken- wie bei der Rentenversicherung. Über die dahinter stehenden politischen Entscheidungen droht das System insgesamt in eine Funktions- und Legitimationskrise zu geraten. Die bestehende Finanzierung ist nicht nur sozial ungerecht und nicht nachhaltig, zugleich gibt es Fehl-, ebenso wie Unter- und Überversorgung. Dessen ungeachtet ist Grundvoraussetzung jeder qualitativ hochwertigen allgemeinen Gesundheitsversorgung und Alterssicherung eine ebenso stabile wie ausreichende Finanzierungsbasis, die möglichst sämtliche Einkommensarten berücksichtigt und alle Bürgerinnen und Bürger integriert. Dann ließe sich eine steigende Belastung pro Kopf (als Beitrags- wie als Steuerzahler) bei hohem Sicherungsniveau selbst angesichts demographischer Entwicklungen, niedriger Wachstumsraten und angespannter öffentlicher Haushalte verhindern.

Für das Segment der Gesundheits- und Pflegeversicherung erfordert dies erstens die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger und damit auch das Ende der Privatversicherungen als Vollversicherungssystem. Zweitens müssen bei der Berechnung der individuellen Beiträge sämtliche Einkommensarten (neben den Arbeitseinkommen auch Honorare sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen) berücksichtigt werden. Drittens muss die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft und damit eine progressive Ausrichtung der Beiträge an der individuellen Leistungsfähigkeit erreicht werden. Schließlich ist viertens die paritätische Finanzierung der Gesamtbeiträge zwischen Arbeitsgeber und Arbeitnehmer wieder herzustellen.

Ähnlich wäre bei der Rentenversicherung zu verfahren: Ziel ist es, alle Personen unabhängig vom Einkommen und Berufsstatus in das System einzubeziehen. Um die Herausforderungen der Altersarmut anzugehen und eine solide Finanzierungsbasis zu erreichen, sind auch hier die Umverteilungskomponenten im System auszubauen, etwa durch Anhebung und mittelfristige Abschaffung der bisherigen Beitragsbemessungsgrenzen. Zugleich müsste der daraus resultierende Anstieg der potentiellen Rentenzahlung ab einer bestimmten Höhe degressiv gestaltet oder sogar gedeckelt werden. Maßnahmen zur Bekämpfung der drohenden Altersarmut sind zudem über Steuern zu finanzieren, da es sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. Um ein strukturell armutsfestes und Lebensstandard sicherndes Rentenniveau zu finanzieren und die Kosten der Altersarmut gesellschaftlich gerecht zu verteilen, müsste auch der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung steigen. Insgesamt müssten als Folge dieses Maßnahmenpaketes die Beschäftigten jedoch einen geringeren Anteil ihres Bruttoeinkommens für die Altersvorsorge ausgeben als nach heutigem Stand.

Die skizzierten Änderungen der Finanzierungsbasis zweier Hauptzweige der sozialen Sicherung sind unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit wie auch der solidarischen Lastenverteilung der Absicherung gegen die auch in Zukunft bestehenden großen Lebensrisiken (Krankheit und Alter) nur rational. Sie sind aber auch die Grundvoraussetzung für jede tragfähige, nachhaltige und effiziente Finanzierung der Sozialversicherungssysteme – gerade um den demographischen Wandel angesichts sinkender Wachstumsraten zu bewältigen.

## **2.6. Wohlstand neu messen**

Die Enquete-Kommission hat den Auftrag, einen Indikator zu entwickeln, der ein ganzheitliches Verständnis von Wohlstand in Zahlen auszudrücken vermag.<sup>16</sup> Dabei wurde schnell deutlich, dass sie mehrheitlich nicht willens war, die zentralen Dimensionen der sozialen und ökologischen Entwicklung kritisch zu würdigen und entsprechende Indikatoren zu identifizieren.

Ebenso zu bedauern ist, dass von der Mehrheit aus CDU/CSU und FDP aber auch der SPD nicht nur ein mangelhafter, sondern auch ein viel zu umfangreicher Indikatorensatz vorgeschlagen wird. Ein Tableau

---

<sup>16</sup> Deutscher Bundestag Drucksache 17/3853, 17. Wahlperiode 23. 11. 2010, Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“.

aus insgesamt 20 Indikatoren ist einer breiten Öffentlichkeit nicht vermittelbar. Abwegig ist darüber hinaus die Aufgliederung des Indikatorenansatzes in zehn „Leitindikatoren“, neun „Warnlampen“ und eine „Hinweislampe“. Aus diesen Gründen wird der mehrheitlich beschlossene Indikatorenansatz kaum mediale Aufmerksamkeit finden und keine nennenswerte politische Wirkung entfalten. Das grundsätzlich begrüßenswerte Anliegen der Enquete-Kommission wird dadurch konterkariert.

Wohlstand und Lebensqualität für alle Menschen innerhalb der ökologischen Grenzen – das ist im 21. Jahrhundert die entscheidende politische Aufgabe, deren Erfüllung mit geeigneten und möglichst wenigen Indikatoren gemessen werden sollte. Für die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger sind drei Fragen von zentraler Bedeutung, wenn es um die Lebensqualität geht. Bin ich an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt oder geht sie an mir vorbei? Ist die Teilhabe an den sozialen Aspekten der Lebensqualität und an der Gestaltung der Gesellschaft gesichert oder bestimmen nur die „oberen Zehntausend“, was in unserem Lande geschieht? Wie steht es um die natürlichen Lebensgrundlagen bei uns und global, und was muss getan werden, damit unsere Kinder und Enkel auch in Zukunft gut leben können? Folglich geht es darum, diese drei genannten Dimensionen in der Sache zutreffend und für breite Bevölkerungsschichten verständlich zu quantifizieren.

*Der Indikatoren-Vorschlag der Linken*

Damit deutlich wird, inwieweit die wirtschaftliche Entwicklung bei den Erwerbstätigen tatsächlich ankommt, sollte erstens das Bruttogehalt je Beschäftigten als Indikator für die Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand genommen werden. Weil krasse Ungleichheit nahezu alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens prägt, sollte zweitens die Reich-Arm-Verteilung die soziale Qualität der Gesellschaft und die Chancen der Mitgestaltung repräsentieren. Und drittens ist der ökologische Fußabdruck ein wissenschaftlich ausgereifter und gut kommunizierbarer Indikator für die ökologische Tragfähigkeit, weil er die Belastung der Atmosphäre, der Böden und der Gewässer zusammenfassend zum Ausdruck bringt. In diesem Sinne schlägt DIE LINKE ein „Trio der Lebensqualität“ vor.

<b>Trio der Lebensqualität</b>		
<b><u>Dimensionen</u></b>	<b><u>Indikatoren</u></b>	<b><u>Zusätzliche Aspekte</u></b>
<b>Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand</b>	<b>BRUTTOGEHALT</b> preisbereinigt, je Beschäftigten (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer)	BIP, Beschäftigung, Umfang und Qualität der Investitionen, private und staatliche Finanzen, globaler Handel und globaler Kapitalverkehr
<b>Soziale Qualität der Gesellschaft und Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens</b>	<b>REICH-ARM-VERTEILUNG</b> (Vermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung im Verhältnis zur ärmeren Bevölkerungshälfte)	Gesundheit, Bildung, Rente, Zugang zu allen Leistungen der Daseinsvorsorge, Qualität der Demokratie, Zugang zu Informationen / Kultur / Meinungsbildung, Missbrauch wirtschaftlicher und politischer Macht
<b>Ökologische Tragfähigkeit</b>	<b>ÖKOLOGISCHER FUßABDRUCK</b>	Klimawandel, biologische Vielfalt, Eintrag von Stickstoff und Phosphor in die Biosphäre, stratosphärische Ozonschicht, Landnutzungsänderungen, Wassernutzung, Versauerung der Ozeane, Aerosolbelastung und Verschmutzung durch Chemikalien.

Für die regelmäßige, jährliche Berichterstattung über das „Trio der Lebensqualität“ sollte ein „Rat für sozialen und ökologischen Wohlstand“ zuständig sein, der sich pluralistisch zusammensetzt und in dem Vertreterinnen und Vertreter mit nachgewiesener sozialer und ökologischer Expertise die Federführung haben. Dieser Rat ist ausdrücklich darauf zu verpflichten, seine Methodik, sämtliche von ihm verwendete Daten und seine Diskussionsprozesse offen zulegen. Mittels prominent platzierter und interaktiv gestalteter Internetseiten sollte die Bevölkerung die Möglichkeit bekommen, an den Debatten über die Lebensqualität teilzunehmen. Statt eine solche offene und demokratische Kommunikation anzuregen, setzt die Enquete-Kommission mehrheitlich auf Hochglanz-Werbung mit nationalistischem Einschlag. Die beschlossene „Wohlstand-Kampagne“ ist aus unserer Sicht sowohl konzeptionell als auch hinsichtlich ihrer grafischen Umsetzung völlig abwegig.

## 2.7 Wachstum und Ressourcenverbrauch

Im Einsetzungsbeschluss wurde die Frage gestellt, wie Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden können und welche politischen Schlussfolgerungen insbesondere aus der Rebound-Problematik gezogen werden müssen. In der öffentlichen Wahrnehmung der Enquete-Kommission wurde vor allem positiv auf die weitgehend im Konsens verabschiedeten Analysen zum Zusammenhang von Wohlstandsentwicklung und Ressourcenverbrauch Bezug genommen (vgl. Projektgruppe 3).

Die sich bereits im Antrag andeutende Engführung auf technische Innovationen und Marktinstrumente hat sich im Laufe der Kommissionsarbeit jedoch weiter verfestigt. Von Seiten der Koalition wurde zunächst versucht, die globale Dimension der Rohstofffrage weitgehend auszuklammern. Die ökologischen und sozialen Folgen des hohen Materialverbrauchs durch Industrieländer und zunehmend auch Schwellenländer wurden als lediglich lokale Probleme herabgestuft, die vor allem durch eine unzureichende Umweltschutzgesetzgebung in den rohstoffreichen Ländern des Südens erklärt wurden. Zudem setze der „Weltmarkt“ hier ohnehin die richtigen Preissignale. Je knapper bestimmte Ressourcen, allen voran das Erdöl würde, desto schneller würde ihr Preis steigen und damit Anreize für technischen Fortschritt und Ressourceneffizienz setzen.

Übrig bleibe dann nur noch das globale Problem der Emission von Treibhausgasen, für die es auch globale Marktlösungen brauche und zwar einen globalen Vertrag, der die Nutzung und den Handel mit Emissionsrechten regeln solle. Nationale Alleingänge - wie die deutsche Energiewende oder das EEG sowie die gesamten Handlungsempfehlungen der Opposition zum Kapitel 7 der Projektgruppe 3 - werden unter den Generalverdacht eines „Entkopplungs-Aktionismus“ gestellt: Sie seien zu teuer, wettbewerbsfeindlich und global wirkungslos. (vgl. Projektgruppe 4: Kapitel E 1: Ordnungspolitik. ).

Uns war es von Anfang an wichtig, zivilgesellschaftliche und kritische Perspektiven auf aktuelle Rohstoffpolitiken und -konflikte, wie um die meist katastrophalen Auswirkungen der Erdölförderung, den Abbau von Teersanden, beim Fracking oder den fehlenden Umwelt- und Sozialstandards beim Bergbau in den Ländern des Südens in die Kommissionsarbeit, einzubringen<sup>17</sup>. Erst dadurch wurde der Problemumfang deutlich: Die Förderung von metallischen und mineralischen aber auch von energetischen Rohstoffen zerstört oft angestammte Lebensräume, führt zu drastischen Kontaminierung des Wasserhaushaltes und der Kontaminierung mit toxischen Stoffen und den volkswirtschaftlichen Problemen des sog. Ressourcenfluchs. Insbesondere beim Fracking oder der Förderung von Teersanden ist zu beobachten, dass erst eine Preissteigerung von Erdöl und Erdgas die energieintensive und umweltschädliche Förderung sogenannter unkonventioneller Energieträger und auch die Exploration in abgelegenen und ökologisch sensiblen Lagerstätten rentabel macht (z. B. der Arktis oder der Zusammenhang zwischen dem steigenden Goldpreis und der Regenwaldabholzung in Peru)<sup>18</sup>. Auch der Anbau von „Agrarrohstoffen“, verbunden mit der Ausbreitung von Agrarindustrie und Landgrabbing bedrohen zunehmend die Lebensgrundlagen.

---

<sup>17</sup> vgl. z. B. Friedel Hütz-Adams, Möglichkeiten und Grenzen der Ressourceneffizienz. [http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2012/2012-04\\_Thesepapier\\_Enquete-Kommission\\_Wachstum.pdf](http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2012/2012-04_Thesepapier_Enquete-Kommission_Wachstum.pdf)  
Kommissionsdrucksache 17(26)69

<sup>18</sup> Vgl. hierzu insbesondere unsere Analysen in den Kapiteln D 2.1.6, 2.4.1.3 und das Sondervotum zu D 2.4.1.2. ‚Peak Oil‘.

Erst durch die kritische Perspektive der politischen Ökologie – die nicht „der Gesellschaft“ oder „der Menschheit“ „die Umwelt“ gegenüberstellt, sondern thematisiert, welche Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie Produktions- und Lebensweisen zur zerstörerischen Aneignung von Natur beitragen<sup>19</sup> - und unsere Kritik an der Modellwelt der neoklassischen Umweltökonomie wurden in der Enquete-Kommission kritische Perspektiven auf den *Ressourcen-Extraktivismus* möglich. Wir verstehen darunter ein Entwicklungsmodell vor allem für Gesellschaften in Lateinamerika und Afrika, das die Abhängigkeit von der Förderung und dem Verkauf der energetischen und metallischen Ressourcen beschreibt.<sup>20</sup> Jüngere Entwicklungen in Griechenland deuten darauf hin, dass auch hier der Ressourcen-Extraktivismus zu einem mächtigen Versprechen aufgebaut wird, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.<sup>21</sup> In den Industrie- und Schwellenländer werden spiegelbildlich ressourcenintensive Produktions- und Konsummuster sowie Wertschöpfungsketten befördert, die es in den Blick zu nehmen gilt, wenn man nicht bei abstrakten Forderungen nach einem neuen globalen Klimavertrag enden will.

In Oppositionssondervoten zur grundlegenden Reform der Weltwirtschaftsordnung (jeweils Projektgruppe 3, Kapitel D 7) konnte deutlich gemacht werden, dass die bestehenden globalen Institutionen (WTO, Weltbank, IWF) eher Teil des Problems als deren Lösung darstellen und die Verantwortung für globale Umweltprobleme auch bei den nationalen und europäischen politischen Strategien zum Umgang mit Rohstoffen und Energieressourcen zu verorten ist. Darauf aufbauend wurde im Konsens der Oppositionsfraktionen ein umfassender Katalog von Handlungsempfehlungen vorgelegt. Dieser sieht neben klassischen ordnungspolitischen Vorgaben auf nationaler und europäischer in den Bereichen Ressourcen- und Energieeffizienz, Produkt- und Gebäudestandards oder Abfallwirtschaft auch Abgaben im Bereich der Müllwirtschaft, bei Baustoffen und Stickstoff vor; neben Maßnahmen zum Verbot der Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln auf globaler Ebene, umfassende Sozial- und Umweltstandards bei Handelsverträgen, Rohstoffabkommen und Investitionsschutzverträgen. . Nur angedeutet werden konnte die wichtige Frage, welche politischen Schlussfolgerungen aus der Rebound-Problematik gezogen werden sollten. Für den Energiebereich würde dies z. B. bedeuten, bisherige Einsparziele in absolute Verbrauchsziele zu überführen.

Ein Desiderat für eine weiterführende Diskussion bleiben Alternativen zum Extraktivismus. Hierbei würde es darum gehen, alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle voranzutreiben und etwa wegzukommen von der großen Abhängigkeit der Staatsbudgets von Rohstoffexporterlösen. Das berührt Fragen nach nachhaltigen Formen der Industrialisierung und ganz zentral nach Landreformen und einer nachhaltigen Nutzung von Ressourcen. Auf Seiten der Rohstoffimporteure müssen Maßstäbe einer solidarischen internationalen Wirtschaftspolitik entwickelt werden. Dazu gehören Instrumente der Preisregulierung und der Einschränkung der Macht von transnationalen Unternehmen.<sup>22</sup>

## 2.8 Kritik an der Finanzialisierung der Natur und am Emissionshandel

---

<sup>19</sup> Vgl. Köhler, Bettina/Wissen, Markus, Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise, in: Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (Hg.), Kritische politische Bildung. Ein Handbuch, Schwalbach 2009, S. 217-227; Katz, Christine/Müller, Christa/von Winterfeld, Uta: Globalisierung und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Wuppertal Papers 143, Wuppertal 2004; Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 36(2), 12-34; Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (eds.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, 78-93.

<sup>20</sup> Vgl. Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika / Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.) Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin 2012

<sup>21</sup> Charitsis, Alexis/Velegarakis, Giorgos, Energy Sector in Greece. Industrialization, privatization and social resistance. In: Gensler, Marlis (Hg.), Energy Policy and Resource Extractivism. Resistances and Alternatives, Brüssel, 21-27; <http://rosalux-europa.info/userfiles/file/Reader-EN-Extractivism-Tunis-2013.pdf>

<sup>22</sup> Dies sind Arbeitsschwerpunkte einer internationalen Arbeitsgruppe, die vom Quito-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung koordiniert wird und Themen mehrerer Seminare des Brüssel-Büros der Stiftung; vgl. auch Brand, Ulrich, Alternativen zur lateinamerikanischen Paradoxie; [www.rosalux.de/news/37795](http://www.rosalux.de/news/37795) (2011); ders., Globale Konflikte als Brennpunkt für Alternativen?; [www.rosalux.de/news/38459](http://www.rosalux.de/news/38459) (2012)

Im Kapitel D 7 der Projektgruppe 3 wird argumentiert, die Europäische Union sei weltweit ein Pionier bei der Reduktion von Treibhausgasen und habe ihre Klimaschutzziele vor allem durch den Mechanismus des europäischen Emissionshandels (ETS) erreicht. Dieser wird als ein wesentlicher Beitrag zur Energiewende und zur Begrenzung der Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius dargestellt.

Dem wurde von uns in einem Sondervotum grundsätzlich widersprochen<sup>23</sup>. Schon die empirische Betrachtung zeigt, dass nicht nur global der Ausstoß an Klimagasen weiterhin steigt. Vielmehr hat der Verbrauch von fossilen Brennstoffen, insbesondere Kohle, zugenommen und gleichzeitig ist der CO<sub>2</sub>-Preis im System des Emissionshandels seit 2008 gesunken. Die in einigen Industrieländern erreichten Reduktionen von Treibhausgasen können demnach nicht auf den Emissionshandel zurückgeführt werden. Sie erklären sich primär aus energiepolitischen Weichenstellungen wie etwa das Erneuerbare Energien-Gesetz in Deutschland, der Wirtschaftskrise und der Verlagerung industrieller Produktion in Länder des Globalen Südens. Gleichzeitig wurden durch den ETS und weitere Mechanismen nicht nur neue soziale und ökologische Konflikte in den Ländern des Globalen Südens befördert, sondern auch neue Geschäfts- und Spekulationsmöglichkeiten für Konzerne des Nordens geschaffen. Mittlerweile ist der Kohlenstoffmarkt vor allem durch Betrugsgeschäfte in den Schlagzeilen.

Eine wichtige Schlussfolgerung aus den gescheiterten Versuchen der internationalen Klimakonferenzen und den Erfahrungen mit dem Instrument Emissionshandel ist es für uns, den Blick auf die Inputseite – insbesondere auf die Energieträger Kohle, Gas und Öl – zu lenken und den gesamten Zyklus von der Erschließung, über die Extraktion, die Umwandlung der Energieträger in Energie, den (Börsen-)Handel und Transport bis hin zum Konsum innerhalb der Verkehrs- und Industriesysteme in den Blick zu nehmen. Dabei stößt man wiederum auf den Extraktivismus als attraktives Wirtschaftssystem in vielen Volkswirtschaften des Südens, auf die hohe Gewinne versprechenden Anstrengungen von Energiekonzernen, Erdöl und Gas mit hohem Energie- und Chemikalieneinsatz „unkonventionell“ zu gewinnen, insgesamt also auf die fossile Basis der kapitalistisch-industriellen Produktions- und Lebensweise im Norden, die vom Individualverkehr bis hin zur Massentierhaltung die wesentlichen Ursachen der Treibhausgasemissionen sind.

Deshalb sollten nach dem Atomausstieg der Neubau von Kohlekraftwerken und das Fracking verboten und eine schnelle Stilllegung der Kohlekraftwerke angestrebt werden. Für ein neues Modell von Wohlstand und Fortschritt wird es unverzichtbar sein, eine „postfossile“ Wirtschaft und Gesellschaft und entsprechende Freiräume für alternative Lebens-, Mobilitäts-, Ernährungs- und Arbeitsmodelle zu konkretisieren. Inwieweit Produktivitätsgewinne in den Industrieländern in Form von mehr Lebensqualität (z.B. weniger Erwerbsarbeitszeit) oder in Form von mehr Konsum genutzt werden, ist vor allem eine politische Frage. Es ist auch eine politische Frage, wie eine sozial-ökologische Transformation der Produktions- und Lebensweise dem Großteil der Bevölkerung attraktiv wird, denn dazu muss die Transformation nachhaltig, gerecht und demokratisch sein.

## **2.9. Ökologische Grenzen einhalten *und* Produktions- und Lebensweise umbauen**

Die Enquete-Kommission hat mit der parteiübergreifenden Anerkennung der „planetarischen Grenzen“ und der zentralen Bedeutung des Rebound-Effektes<sup>24</sup> einen wichtigen Konsens signalisiert, der - von der Politik ernstgenommen - zu weitreichenden Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sowie in der Politik selbst führen muss.

Allerdings drohen bei dieser Metapher der planetarischen Grenzen wichtige Sachverhalte ausgeblendet zu werden. Ein planetarischer Blick oder eine „Astronauten-Perspektive“ (Wolfgang Sachs) privilegiert ein Denken und Handeln entlang sozial-ökologischer Grenzen und tendiert dazu, „die Menschheit“ zur Ursache der Probleme zu machen. Allenfalls werden noch Unterschiede zwischen Ländern (Nord-Süd, Indust-

---

<sup>23</sup> Sondervotum ‚Notwendige Alternativen zum Emissionshandel‘. zu Projektgruppe 3: Kapitel D 7. 2.2. Gesamtbericht, S. 582ff

<sup>24</sup> Unter Rebound versteht man Effekte, die Effizienzgewinne durch Mehrverbrauch zunichte machen, z.B. Häuser zwar dämmt, aber dann häufig in größeren Wohnungen wohnt oder mit effizienteren Autos mehr gefahren wird.

rie-, Schwellen- und Entwicklungsländer) anerkannt. Politisch landet man schnell bei Vorschlägen einer Grünen Ökonomie, d.h. der Anerkennung der bestehenden gesellschaftlichen Institutionen und Dynamiken, um die planetarischen Grenzen einzuhalten: Natur soll einen Preis erhalten, um „Kosten zu internalisieren“ und damit Preise „die ökologische Wahrheit“ sagen. Der Markt soll es richten und der Staat gibt die Rahmenbedingungen vor bzw. interveniert im Falle eines „Marktversagens“. Experimente und Nischen in der Zivilgesellschaft werden als mehr oder weniger wichtige Innovatoren gesehen.

Eine linke Perspektive ist hier analytisch präziser und politisch eindeutiger. Ursache der Probleme sind nicht die Menschen, sondern eine auf Kapitalakkumulation und Wachstum gedrillte kapitalistische Produktions- und Lebensweise, die immer mehr Menschen und Elemente der Natur in ihren Kreislauf einschließt, ohne dass Menschen demokratisch über die Art und Weise des Einschließens - nämlich die Art und Weise von Produktion, Arbeitsteilung und Lebensweisen - bestimmen könnten. Das machen weitgehend die Kapitalbesitzer, Vermögenden und politischen Eliten. Sie sind es, die die Imperative unbedingter Wettbewerbsfähigkeit und ökonomischen Wachstums als unumstößlich erklären.

Nachhaltige Politik und sozial-ökologische Transformation sind politische Bezugspunkte, die auch die gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen anzugehen haben, die von vielen Menschen als alternativlos akzeptiert oder sogar gewollt werden. Es müssen nicht nur abstrakte Grenzen eingehalten werden - so wichtig sie als Orientierung sind -, sondern die herrschaftlichen und zerstörerischen Naturverhältnisse in den Bereichen Ernährung, Mobilität, Wohnen, Kleidung müssen auf demokratische Art und Weise verändert werden. Nachhaltige Politik in diesem Sinne möchte den Menschen nichts „vorschreiben“, sondern es werden in gesellschaftlichen Lernprozessen und Konflikten mit mächtigen Interessen auf demokratische Art und Weise attraktive Formen des Zusammenlebens und der Produktion entwickelt.

Dies zeigt, dass auch linke Politik sich verstärkt mit diesen Fragen auseinandersetzen und entsprechende Ansätze entwickeln muss. Es bedarf aus ökonomischen, ökologischen, sozialen und internationalistisch-solidarischen Gründen einer dramatischen Reduktion des Ressourcenverbrauchs, des Drucks auf Ökosysteme und von Emissionen. Das geht nicht mit technischen Lösungen alleine – so wichtig die Entwicklung nachhaltiger Technologien ist -, sondern bedarf eines klugen Mixes aus Effizienz, Konsistenz und Suffizienz (vgl. Gesamtbericht Kapitel F 4.2.2). Suffizienz – richtig verstanden – könnte dabei zu einem Leitmotiv progressiver Wohlstandspolitik werden: Suffizienz bedeutet „genug“, genug für alle, nicht zu viel und nicht zu wenig. In diesen Kontext passt zum Beispiel die linke Forderung nach Mindesteinkommen und zugleich Einkommensgrenzen nach oben. Es geht nicht um „Verzicht“, sondern um Mäßigung, welche sich in kollektiven Lernprozessen, der Entwicklung attraktiver Produktions- und Lebensweisen, Konflikten mit herrschenden nicht-nachhaltigen Kräften und Interessen durchsetzt. Wir haben dabei eine Position stark gemacht, Effizienz nicht nur auf der Produktionsseite zu sehen und Suffizienz beim Endverbrauch bzw. den KonsumentInnen, sondern sie in allen Gesellschaftsbereichen anzuwenden. Das bedeutet etwa auch, in einem Transformationsprozess Vermögen, Einkommen und die damit zusammenhängende Macht politisch zu mäßigen.

## **2.10. Nachhaltiger Konsum zwischen individueller Verantwortung und politischer Gestaltung**

Libérale Positionen in der PG5 waren stets darauf bedacht, dass dem konsumierenden Individuum seine freien Entscheidungsmöglichkeiten nicht genommen werden. Wir seien schließlich mündige Verbraucherinnen und Verbraucher und könnten jeweils einzeln selbst entscheiden, ob wir nach ökologischen und sozialen Kriterien konsumieren wollen – oder eben nicht. Dem gegenüber standen auf Seiten der Opposition Positionen, die das Leitbild des „mündigen Verbrauchers“ als Mythos entlarven. Wir als Linke haben eingebracht, dass das dominante Leitbild vom „mündigen Verbraucher“ auch dazu dienen kann, politische Untätigkeit zu rechtfertigen. Gestresst von der Arbeit, beansprucht durch den hohen zeitlichen Aufwand beim Aufziehen von Kindern und bei der Pflege von Angehörigen, bleibt nicht mehr viel Zeit, um vor dem Supermarktregal zu vergleichen, welches der Produkte aus der breiten Palette denn nun am sozial und ökologisch nachhaltigsten ist, oder gar einige Lebensmittel selbst zu produzieren. Die Konsumierenden sind in ihrem Alltag schlicht überfordert darin, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Besonders betroffen sind hiervon Frauen, da ihnen nachwievord der größte Teil der Reproduktionsarbeit gesellschaft-

lich zugewiesen wird. In der hier dargestellten Tiefenschärfe konnte in der PG kein übergreifender Konsens hergestellt werden. Dennoch wurde im Bericht festgehalten, dass es „den einen, goldenen Weg“ zum nachhaltigen Konsum nicht gibt“ und durch ein entsprechendes Bündel von Maßnahmen gefördert werden muss.

Wir haben in der PG5 stark gemacht, dass es weder um staatliche Gängelung geht, noch dem Mythos individueller Gestaltungsmacht der Weg geebnet werden soll. Hier ist es gelungen, dass die Mehrzahl der Projektgruppenmitglieder sich zwischen diesen beiden Polen aufeinander zu bewegt hat. Weitgehender Konsens war, dass es einerseits Menschen braucht, die nachhaltig konsumieren *wollen*, andererseits auch Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, nachhaltig konsumieren zu *können*.

Eine zentrale Herausforderung für linke Positionen zum Thema Konsum sind Menschen mit geringem Einkommen. Ihrer Freiheit, sich für ein selbstbestimmtes Leben insgesamt und für einen nachhaltigen Konsum im Besonderen zu entscheiden, ist ohnehin eingeschränkt. Für ihre „Teilhabe“ am gesellschaftlichen Leben bleibt oftmals nur der billige Massenkonsum. Nachhaltig ist dieser Konsum in vielerlei Hinsicht nicht. Es ist am wahrscheinlichsten, dass diese Produkte weder langlebig und ökologisch produziert sind, noch unter sozial akzeptablen Bedingungen hergestellt und verkauft werden. Gleichzeitig wurde aber mit der Legende aufgeräumt, dass dieser Billigkonsum der umweltschädlichste ist. Die in der PG5 diskutierten Lebensstilanalysen haben verdeutlicht, dass es häufig die ökologisch sensiblen Bürgerinnen und Bürger sind, die den größten ökologischen Fußabdruck haben. Die Wohnung mag energetisch saniert sein, aber dafür ist sie vergleichsweise groß. Urlaub findet möglicherweise sehr naturverträglich statt, dafür müssen aber weite Flugreisen bewältigt werden. Gleichzeitig fanden sich in Textentwürfen der PG5 Vorschläge, dass Hartz IV-EmpfängerInnen ihre Wohnungen mit gebrauchten Einrichtungsgegenständen ausstatten könnten und sich dafür energieeffiziente Haushaltsgeräte leisten können. Solch einem Abwälzen der Konsumproblematik auf Menschen in den unteren Einkommensschichten sind wir entgegen getreten.

Eine linke Position setzt auf hohe soziale und ökologische Standards für Konsumgüter. Es soll gewährleistet werden, dass Produkte nach sozialen und ökologischen Maßgaben produziert, vertrieben und nach dem Gebrauch beseitigt werden. Dem Staat kommt hier die Aufgabe zu, im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe Vorbildfunktion zu übernehmen, Vorgaben zu formulieren, Innovationen zu fördern und für die Einhaltung der Standards zu sorgen. Gesetzliche Regelungen sollen geschaffen werden, die den Konsumentinnen und Konsumenten die alltägliche Last des Entscheidens vereinfachen.

Als Linke haben wir besonders darauf hingewiesen, dass auch Änderungen in der Nachfrage leistungsfähiger Infrastrukturen notwendig sind, etwa im Verkehrs- oder Energiebereich. In der Opposition war man sich darüber einig, dass der Staat durch seine öffentliche Beschaffung als gewichtiger Konsument zu berücksichtigen ist.

Für eine linke Perspektive auf das Konsumthema ist es wichtig, die Frage nach der Produktionsweise zu stellen. Damit geht es auch darum, wer über die Produktionsmittel und Entscheidungen über Investitionen verfügt, welche Bedingungen kapitalistischer Konkurrenz herrschen und wie sich der Zwang zu Kapitalakkumulation auswirkt. Hier zeigt sich erneut, wie zentral das Thema „Wirtschaftsdemokratie“ mit dem Thema dieser Enquete-Kommission verknüpft ist. Dies dürfte auch der Grund sein, warum unsere Positionen in ihrer Tiefe und mit ihren Konsequenzen nicht von der Mehrheit mitgetragen wurden. Sozial-ökologischer Konsum ist für uns nicht nur eng verwoben mit einer sozial-ökologischen Produktionsweise, sondern auch mit demokratischen Entscheidungsprozessen, die auf verschiedenen Ebenen neu zu gestalten sind. Dem Individuum wollen wir dabei seine Handlungsmöglichkeiten nicht absprechen und seine Verantwortung nicht abnehmen; es geht jedoch auch um die Notwendigkeit staatlicher Gestaltung im Prozess sozial-ökologischer Transformation. Ausgeblendet wurde in der PG5 jedoch weitestgehend, dass nicht nur Endverbraucherinnen und Endverbraucher konsumieren, sondern auch Vorprodukte in die Produktion eingehen. Konsumtion und Produktion stehen in einem Wechselverhältnis. Vor der Konsumtion bzw. Nutzungsphase läuft im Bereich der Produktion für die späteren Konsumenten Unbeeinflussbares ab. Unter der Maßgabe globalisierter kapitalistischer Produktionsverhältnisse sind Konkurrenz- und Verwertungsdruck zu problematisieren, die einen nachhaltigen Konsum erschweren. Eine echte demokratische

Partizipation für Konsumentinnen und Konsumenten an der Gestaltung ihrer Konsummöglichkeiten muss angestrebt werden, die auch globale und nationale Produktionsprozesse berücksichtigt.

## **2.11. Demokratisierung der Wirtschaft und die Rolle der Zivilgesellschaft**

Die linke Perspektive einer Demokratisierung der Wirtschaft war in der PG5 nicht anschlussfähig. Dabei ist es für uns zentral, dass Bürgerinnen und Bürger mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen erhalten müssen, um Wohlstand und Lebensqualität erhöhen zu können. Insofern ist eine weitere Demokratisierung aller Lebensbereiche, v.a. der Wirtschaft, anzustreben. Auch und gerade ökologische Wirtschaftspolitik sollte nicht auf Kosten der Beschäftigten und der Verbraucherinnen und Verbraucher stattfinden. Um dem zu begegnen, sind eine alternative Wirtschaftspolitik und eine Demokratisierung auch in den Betrieben notwendig. Ein wichtiger Schritt ist die Rekommunalisierung bereits privatisierter Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, um Verbraucherinnen und Verbrauchern eine demokratische Teilhabe an ihrer Grundversorgung zu ermöglichen.

Zivilgesellschaftlichen Akteuren wurde von vielen Mitgliedern der PG5 ein hohes Potential auf dem Weg in eine nachhaltige Gesellschaft zugesprochen. Auch wir finden es wichtig, dieses Potential zu fördern und auszubauen. Doch ist immer auch kritisch zu hinterfragen, inwieweit innerhalb der Zivilgesellschaft Machtverhältnisse bestehen aufgrund unterschiedlicher Ressourcen, Einflussmöglichkeiten oder der politischen Anschlussfähigkeit von Positionen an bestimmte Spektren; zwischen dem ADAC und dem Verkehrsclub Deutschland, zwischen der in „zivilgesellschaftlichen“ Verbänden organisierten Atomlobby und Greenpeace bestehen ja erhebliche Unterschiede politischer Einflussmöglichkeit. Weiterhin sollte berücksichtigt werden, inwiefern gerade den kritischen Gruppen eine Partizipationsillusion unterbreitet wird. Ihre Gestaltungsmacht ist begrenzt, sobald knallharte Interessen ihre Bemühungen konterkarieren. In einem innerhalb der Opposition Sondervotum haben wir gemeinsam mit der Vorsitzenden der Enquete-Kommission die Positionen einer zivilgesellschaftlichen Gruppe zu den Problematiken und Risiken zunehmend aggressiver Werbestrategien eingebracht. Vor allem in sozialen Bewegungen wie Attac, konsumkritische Initiativen wie Bewegungen der Stärkung urbaner Landwirtschaft oder internationalistischen Gruppen sehen wir inhaltliche Anknüpfungspunkte für linke Perspektiven auf Wohlstand. Es ist daher wichtig, nicht nur allein von Konsum zu sprechen, sondern die Lebensweisen von Gesellschaften im Globalen Süden und Norden insgesamt in den Blick zu nehmen.